



Den Norden zukunftsfit machen

Positionspapier der Fraktionen der Freien Demokraten in den Landtagen Schleswig-Holstein & Mecklenburg Vorpommern

Gemeinsam voran an der Küste

Die FDP-Landtagsfraktionen der Küstenländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben am 20. Juni 2023 gemeinsam in Kiel getagt. Die Fraktionen stehen für einen engen Austausch zwischen den beiden Nachbarländern. Angesichts der Herausforderungen, denen die beiden Bundesländer gegenüberstehen, haben die Fraktionen beschlossen, gemeinsame Arbeitsschwerpunkte zu entwickeln und in verschiedenen, insbesondere für Norddeutschland bedeutsamen Themenbereichen eng zusammenzuarbeiten. Dazu gehören beispielsweise die länderübergreifende Infrastruktur, die Sicherung einer zukunftsfähigen Energieversorgung, die Förderung nachhaltiger Küstenentwicklung, die Stärkung von (Land-)Wirtschaft und Tourismus sowie die Zusammenarbeit bei Migration und Integration.

Moderne Infrastruktur für eine starke Küstenregion

Die FDP-Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sehen eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur als entscheidend für unsere Küstenregion an. Eine erstklassige Verkehrsinfrastruktur - inklusive moderner Straßen, Schienenverbindungen und Häfen - sowie moderne, leistungsfähige Netze sind unerlässlich, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und die Anbindung unserer Region an nationale und internationale Märkte zu gewährleisten. Wir haben uns daher zum Ziel gesetzt, umfassende Infrastrukturmaßnahmen - von der Sanierung bis zum Neubau - voranzutreiben.

Weiterbau der A20 vorantreiben

Zu einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur gehört der zügige Weiterbau der für beide Bundesländer wichtigen A20 als Verbindung der deutschen Seehäfen und damit die Möglichkeit zur weiträumigen Umfahrung und somit auch zur Entlastung der Stauhochburg Hamburg. Die Koalitionspartner im Bund haben hierfür insbesondere auch auf Initiative der Freien Demokraten ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Die schwarz-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein muss hier nun endlich geschlossen handeln anstatt nur ihre Uneinigkeit zu betonen. Wir setzen uns für weitere Maßnahmen zur Beschleunigung dieses Projekts ein.

Bahntrassen beschleunigen und ausbauen

Moderne Hochgeschwindigkeits-Bahnnetze dürfen nicht hinter Hamburg aufhören. Die FDP-Landtagsfraktionen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern werden sich daher beim Bund dafür einsetzen, dass wichtige Streckenverbindungen in und zwischen beiden Ländern so ausgebaut werden, dass sie zukünftig auch mit höheren Zuggeschwindigkeiten als bislang befahren werden können. Dies betrifft insbesondere - als ergänzendes Element zur Verbindung via Fehmarnbelt-Tunnel nach Nordeuropa - eine europäische Hanse-Linie entlang der Nord- und Ostsee von Amsterdam über Groningen, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck, Bad Kleinen/ Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald nach Stettin sowie ggf. weiter bis nach Danzig.

Unser Norden - die Energiequelle der Republik

Unsere Küstenländer verfügen über erhebliche Potenziale in Bezug auf Windenergie, weitere erneuerbare Ressourcen sowie Wasserstoffproduktion und -nutzung. Diesen Schatz gilt es endlich wirtschaftlich nutzbar zu machen und somit auch zur Versorgungssicherheit der südlicheren Bundesländer beizutragen.

Ausbau der Erneuerbaren Energien

Insbesondere der Ausbau der Windkraft ist in Schleswig-Holstein bereits fortgeschritten, während Mecklenburg-Vorpommern noch Potenziale ausschöpfen kann. Die Windkraftindustrie ist für beide Länder von hoher Bedeutung - sowohl on- als auch offshore. Dabei ist es uns wichtig, sowohl Aspekte von Ökologie und Energiesicherheit als auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten. Gemeinsam wollen wir sinnvolle Rahmenbedingungen schaffen, die einen effizienten und verantwortungsvollen Ausbau der Windenergie ermöglichen.

LNG- und Wasserstoff-Infrastruktur

Ein weiterer Schwerpunkt unserer gemeinsamen Vision des Nordens liegt auf dem Ausbau entsprechend umrüstbarer LNG- und Wasserstoff-Infrastruktur. Wasserstoff spielt eine entscheidende Rolle bei der Energiewende und bietet großes Potenzial für eine nachhaltige Energieversorgung in den Küstenländern. Wir werden uns dafür einsetzen, den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft voranzutreiben, die die Erzeugung, Speicherung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff fördert. Dabei möchten wir auch die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen und Forschungseinrichtungen länderübergreifend stärken. Die Förderung von Forschung und Innovation in diesem Bereich ist für uns von zentraler Bedeutung, um neue Technologien zu entwickeln und wirtschaftliche Chancen zu nutzen. Dies beinhaltet auch, die Möglichkeit der Abspaltung und anschließenden Speicherung oder Nutzung von CO₂ (CCS bzw. CCU) unter dem Meer in Betracht zu ziehen.

Faire Netzentgelte für den Norden

Die Landtagsfraktionen streben eine faire Verteilung der Netzkosten an, die den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt und gleichzeitig die Belastung für Verbraucherinnen und Verbraucher reduziert. Es kann nicht sein, dass die Menschen und Unternehmen im Norden einen Großteil der notwendigen Netzausbaulasten tragen, die für den Transport des produzierten Stroms in die Verbrauchszentren im Süden notwendig sind. Das Leistungsprinzip muss auch hier Anwendung finden. Ein fairer und transparenter Ausgleich der Kosten ist daher essenziell, um den Ausbau von Netzen und Erneuerbaren Energien nicht unnötig zu bremsen.

Zukunftsperspektiven für Wirtschaft und Tourismus

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern stärken, um die vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale besser zu nutzen. Mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wollen wir daher die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, die Voraussetzung für zukunftssichere Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen sind.

Bürokratie abbauen – Schlankes Vergaberecht - Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen

In der Zeit der Jamaika-Koalition konnte unter liberaler Federführung das Vergaberecht in Schleswig-Holstein stark vereinfacht werden. Diesen Weg des Bürokratieabbaus wollen wir insbesondere im Interesse des handwerklich geprägten Mittelstands in unseren beiden Ländern fortführen und Erfahrungswerte aus Schleswig-Holstein auch auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen. Zudem werden wir uns gemeinsam unter anderem für eine Reduzierung der Energiekosten, eine Ausweitung der Forschungsförderung sowie eine Flexibilisierung der bestehenden Arbeitszeitregelungen im beidseitigen Interesse von Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einsetzen.

Sichere Ostseestrände und Segelreviere - Munitionsbeseitigung in der Ostsee zur Chefsache machen

Noch immer befinden sich Hunderttausende Tonnen Munitionsaltlasten in der Ostsee. Insbesondere die immer wieder an der Ostsee an die Strände gespülten und von Menschen oftmals mit Bernstein verwechselten Phosphorstücke führen regelmäßig zu schweren Brandwunden. Dies ist eine latente Gefahr für die ansonsten hohe touristische Attraktivität der Ostseeküste. Wir begrüßen daher die jüngste Ankündigung des Ostseerats, diese Munitionsaltlasten zu bergen. Wir erwarten, dass dieses Thema nun zur Chefsache in den Staatskanzleien gemacht wird und werden darauf hinwirken, dass diese Pläne möglichst zügig umgesetzt werden. Einen „Nationalpark Ostsee“ lehnen wir ab.

Länderkooperation in der Migrationspolitik

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Eine gute Migrationspolitik erfordert Zusammenarbeit und Abstimmung auf verschiedenen Ebenen. Sowohl der Schutz der Menschenrechte als auch die Sicherheit und Stabilität unserer Gesellschaften muss dabei gewährleistet werden. Wer illegale Einwanderung bekämpfen will, muss auch legale Einwanderungswege schaffen. Die Bundesregierung hat hierzu eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht oder noch vorgesehen. Wir betrachten Zuwanderung angesichts des stetig ansteigenden Bedarfs an Fach- und Arbeitskräften sowie einer alternden Gesellschaft auch als Chance für unsere Länder. Dies setzt aber zwingend voraus, dass wir Schutzsuchende nicht nur unterbringen, sondern auch zügig in unsere Gemeinschaft integrieren. Damit dies gelingen kann, braucht es ein übergreifendes Integrationskonzept für unsere Länder.

Kommunen unterstützen - Herausforderungen bewältigen

Die Kommunen in unseren beiden Ländern haben zunehmend Probleme, die stetig wachsende Zahl der Schutzsuchenden angemessen unterzubringen. Gerade in den ländlich geprägten Flächenländern ist es kaum möglich, geeignete Unterkünfte und ganz besonders die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Die Länder sind insoweit gefordert, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zu nutzen, um ihre Kommunen zu entlasten. Insbesondere müssen alle verfügbaren Liegenschaften genutzt werden, die bereits 2015/2016 zur Verfügung standen und zudem die Erstaufnahmekapazitäten auf das Niveau von 2015 angepasst werden. Aus den

Fehlern der Vergangenheit ist auch und gerade in Bezug auf die soziale und Bildungsinfrastruktur zu lernen.

Verfahren beschleunigen - Koordination bei der Rückführung verbessern

Die Landtagsfraktionen sind entschlossen, die Beschleunigung von Asylverfahren und Asylklageverfahren voranzutreiben. Es gilt im Interesse aller Beteiligten, schnell Klarheit zu schaffen, wer bei uns bleiben darf und wer Deutschland wieder verlassen muss. Zentrale Rückkehrkoordinationsbehörden der Länder können als fachlich und personell besonders qualifizierte Behörde eine wichtige Unterstützungsfunktion für die kommunalen Ausländerbehörden übernehmen. Auch die freiwillige Ausreise muss gestärkt werden: Die staatliche Rückkehrförderung für Menschen ohne Bleiberecht muss finanziell besser ausgestattet werden und die staatliche und unabhängige Rückkehrberatung systematisiert und gestärkt werden. Es müssen mehr sichere Herkunftsstaaten ausgewiesen werden - angefangen bei Georgien und Moldau. Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. Mai 2023 wird ebenso wie der Beschluss der EU-Mitgliedstaaten vom 08. Juni 2023 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems unterstützt.

Die Anstrengung für eine konsequente Rückführung von Ausreisepflichtigen ist dabei insbesondere auf die Menschen zu richten, die straffällig geworden sind. Der Fall Brokstedt hat dabei auf tragische Weise die Notwendigkeit einer besseren Kommunikation und Abstimmung zwischen den Behörden - auch länderübergreifend - aufgezeigt. Eine Gemeinsame Ermittlungs- und Rückführungsgruppe für ausländische Straftäterinnen und Straftäter (GERAS) in den Bundesländern kann daher dazu beitragen, die Begehung von schweren Straftaten rechtzeitig zu verhindern. Für die Einrichtung kann bspw. auf die positiven Erfahrungen aus Hamburg zurückgegriffen werden.

Plietsche Finanzpolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger

Insbesondere in Zeiten hoher Inflationsraten ist eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und staatlichen Abgaben eine Frage der Fairness und trägt zum sozialen Frieden bei. Mit entsprechenden Steuerentlastungspaketen hat die Koalition im Bund auf Betreiben der Freien Demokraten bereits zu diesem Ziel beigetragen. Doch auch auf Landesebene gilt es, wesentliche Entlastungen unterschiedlicher Art vorzunehmen.

Grunderwerbsteuer - Chancen auf die eigene Immobilie erhöhen

Die Koalitionäre im Bund haben vereinbart, dass die Grunderwerbsteuer durch die Länder flexibler gestaltet werden soll. Die FDP-Landtagsfraktionen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erwarten daher von der schwarz-grünen sowie der rot-roten Landesregierung die Unterstützung entsprechender Gesetzesinitiativen im Bundesrat. Unbenommen dessen wollen wir flankierend zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung eine Förderkulisse für den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie über die Investitionsbank bzw. das Landesförderinstitut aufbauen. Hier kann bspw. das von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung noch 2022 in NRW verabschiedete Konzept der NRW.Bank Pate stehen. Zudem halten wir eine Senkung der Grunderwerbsteuersätze in unseren beiden Bundesländern gerade in Zeiten wieder massiv steigender Baukosten für ein wichtiges und angebrachtes Signal.

Grundsteuerreform - Lernen aus Fehlern und von den Nachbarn

In Schleswig-Holstein konnte aufgrund des grünen Vetos innerhalb der damaligen Jamaika-Koalition leider keine Einigung auf ein unbürokratisches neues Grundsteuermodell erzielt werden. Damit wird nun ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern das sehr komplexe Bundesmodell der

früheren schwarz-roten Koalition angewendet. In Zeiten wichtigerer Herausforderungen können es sich unsere Küstenländer jedoch nicht leisten, Finanzverwaltungen, Bürgerinnen und Bürger, Steuerberatungen und Gerichte lange Zeit mit unnötiger Bürokratie und Rechtsstreitigkeiten zu beschäftigen. Wir fordern als FDP-Landtagfraktionen daher - spätestens zum nächsten Hauptfeststellungszeitraum - ein eigenes, einfacheres, und weitgehend mit den dann bereits vorhandenen Daten auskommendes Landesgrundsteuergesetz zu verabschieden.

Gemeinsames Beschaffungswesen

Die FDP-Landtagsfraktionen schlagen die Prüfung der Errichtung einer gemeinsamen Beschaffungsstelle der Nordländer insbesondere für gelegentliche Großaufträge - wie z.B. die Beschaffung von Fahrzeugen und Schiffen für die Polizei oder Rahmenverträge mit einem entsprechenden Volumen - vor. Wir versprechen uns hiervon neben Kostenersparnissen die Bündelung vergaberechtlichen Fachwissens sowie dessen Bereitstellung für Anfragen aus Unternehmen.

Kiel, 20. Juni 2023